

An die  
Europäische Kommission  
Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen  
Company Law, Corporate Governance and Financial Crime Unit  
SPA2 03/103  
B- 1049 Brüssel

Per E-mail: [MARKT-COMPLAW@ec.europa.eu](mailto:MARKT-COMPLAW@ec.europa.eu)

Wien, den 1. Februar 2010

**Österreichische Notariatskammer im Register der Interessenvertreter: Nr. 6475183729-37**

**Stellungnahme  
zum  
Grünbuch  
der Europäischen Kommission  
Verknüpfung von Unternehmensregistern  
KOM(2009) 614 endgültig vom 4. November 2009**

***Vorbemerkung:***

Zweifellos ist die Vernetzung von Unternehmensregistern vor dem Hintergrund der erhöhten Mobilität von Unternehmen im Binnenmarkt von großer Bedeutung, insbesondere um den grenzüberschreitenden Zugang zu Unternehmensdaten zu erleichtern und damit zu einer Verbesserung der Transparenz für den Rechts- und Geschäftsverkehr beizutragen.

Besonders wichtig ist es in diesem Zusammenhang zu hinterfragen, welchen Qualitätsanforderungen die betroffenen nationalen Unternehmensregister unterliegen. Es ist demnach von großer Bedeutung sowohl die Rechtsqualität der im jeweiligen Register enthaltenen Daten, als auch deren Informationswert seitens der Europäischen Kommission zu analysieren und zu kennen, bevor entsprechende Schlussfolgerungen für eine Verknüpfung der Unternehmensregister gezogen werden.

Zudem bestehen in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Rechtsträger und Betreiber der nationalen Register, seien es Gerichte oder Behörden oder Betreiber auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Dies hat in der Regel Auswirkungen auf die Beurteilung des Informationswertes und der rechtlichen Verlässlichkeit der Register. In Österreich etwa wird das Firmenbuch von den Gerichten geführt. Eintragungen erfolgen nur nach Prüfung der Zuverlässigkeit des Inhaltes der einzutragenden Daten und Rechtsverhältnisse durch die Gerichte oder andere befugte Stellen. In anderen Mitgliedstaaten wiederum, wo Register privatwirtschaftlich geführt werden, können Eintragungen lediglich auf Grundlage der Angaben der Unternehmen direkt – ohne Prüfung einer Behörde – erfolgen, mit entsprechenden Auswirkungen auf den (geringen) rechtlichen Wert dieser Registrierung.

Aufgrund dieser fundamentalen inhaltlichen Unterschiede der nationalen Registersysteme scheint für eine Reglementierung der angestrebten Verknüpfung durch eine Richtlinie kein Platz. Vielmehr sollte der Weg einer vertraglichen Vereinbarung mit dem künftigen Systembetreiber eingeschlagen werden.

Diese Bemerkungen sind bei der anschließenden Beantwortung der Fragen durch die Österreichische Notariatskammer zu berücksichtigen.



**Österreichische Notariatskammer**

Avenue de Cortenbergh 172, B-1000 Bruxelles, Telefon: +32/2/737 90 00, Fax +32/2/737 90 09, E-Mail: [notar@arcadis.be](mailto:notar@arcadis.be)  
Landesgerichtsstraße 20, 1010 Wien, Telefon: +43/1/402 45 09, Fax: +43/1/406 34 75  
[kammer@notar.or.at](mailto:kammer@notar.or.at) [www.notar.at](http://www.notar.at)

### ***Ist ein verbessertes Netzwerk der Unternehmensregister der Mitgliedsstaaten erforderlich?***

Ein verbessertes Netzwerk der Unternehmensregister scheint der Österreichischen Notariatskammer dahingehend sinnvoll, dass technische Voraussetzungen zur leichteren Abfragbarkeit aller europäischen Unternehmensregister geschaffen werden sollten. Die Organisationskompetenz der Mitgliedsstaaten über ihre jeweiligen Register auf rechtlicher Ebene sollte dabei nicht angetastet werden und wäre dies aufgrund der sehr unterschiedlichen unternehmensrechtlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedsstaaten weder notwendig noch praktisch machbar. Ein verbessertes Netzwerk der Unternehmensregister soll daher im Wesentlichen auf technischer Ebene Vernetzungen im Sinne von Einsichtsmöglichkeiten schaffen, aber nicht dazu führen, dass eine Eintragung in einem Mitgliedsstaat eine Eintragung im Register eines anderen Mitgliedsstaates automatisch zur Folge hat. Dazu sind die nationalen Rechtsordnungen, die Rechtsfolgen von Eintragungen und die jeweiligen Voraussetzungen für Registereintragungen zu verschieden.

Verbesserte Informationsmöglichkeiten der Unternehmensregister durch elektronische Einsichtnahme in Unternehmensregister anderer Mitgliedsstaaten hingegen sind sehr wohl dazu geeignet, Missbrauch von Rechtsformen, insbesondere von Zweigniederlassungen, zu erschweren. Daher spricht sich die Österreichische Notariatskammer für die Schaffung von mehr Transparenz durch eine technische Verknüpfung in diesem Bereich aus.

Für eine stärkere technische Vernetzung spricht weiters, dass bei grenzüberschreitenden Vorgängen (z.B. grenzüberschreitende Verschmelzungen, aber auch die bloße Eintragung einer ausländischen juristischen Person als Gesellschafter) derzeit die Vorlage von (beglaubigten, teilweise noch mit einer Apostille nach dem Haager Beglaubigungsübereinkommen versehenen) Unternehmensregistrauszügen aus anderen Mitgliedsstaaten beim nationalen Unternehmensregister erforderlich ist. Wünschenswert wäre, diesen zeit- und kostenintensiven Vorgang durch die elektronische Einsichtnahme des nationalen Registerorgans im Register des anderen Mitgliedsstaates zu ersetzen. Auch die Aktualität der Informationen würde dadurch erhöht – bisher sind die Papierregistrauszüge oft einige Wochen alt, bis sie in der entsprechenden Form vorgelegt werden können. Voraussetzung dafür ist freilich, dass die entsprechenden Datenquellen elektronisch ausreichend gegen Manipulationen abgesichert sind und auf aktuellem Stand gehalten werden.

Eine verbesserte grenzüberschreitende Abfragemöglichkeit würde auch dazu beitragen können, dass Konsumenten und Unternehmer auf einfachem Weg wesentliche Informationen über Ihre Lieferanten, Geschäftspartner etc. erhalten können, die für sie von erheblicher Bedeutung sind. Je einfacher die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und auch der Bezug von Waren z.B. über das Internet wer-

den, desto bedeutungsvoller wird es sein, zu wissen, wer hinter der einen oder anderen Gesellschaftsform wirklich steckt. Es liegt also auch im Interesse eines effizienten Konsumenten- und auch Gläubigerschutzes, europaweite, einfache und verlässliche Abfragemöglichkeiten der europäischen Unternehmensregister zu schaffen.

Unbedingt erforderlich wäre es für den Fall, dass eine zentrale Abfragemöglichkeit für alle europäischen Unternehmensregister tatsächlich geschaffen wird, die Nutzer über die wesentlichen Grundlagen des Eintragungsverfahrens und die oft unterschiedlichen Rechtswirkungen von Eintragungen im Registerstaat zu informieren. Dies könnte in der Form erfolgen, dass der Nutzer vor der Ausgabe des Abfrageergebnisses entsprechende (kompakte) Informationen erhält, die die jeweiligen Registerstaaten zur Verfügung zu stellen haben. Würden diese Informationen nicht aufscheinen, bestünde die Gefahr, dass der Nutzer dieselbe Verlässlichkeit und dieselben Rechtswirkungen der Eintragungen voraussetzt, die er von seinem nationalen Register gewohnt ist. Diesbezüglich gibt es aber deutliche und wesentliche Unterschiede in den verschiedenen Rechtssystemen. Zentrale Punkte wären diesbezüglich die Reichweite der Vertretungsbefugnis der eingetragenen Organe, die Möglichkeit der Weitergabe von Anteilen (kann sich der Nutzer darauf verlassen, dass der Eingetragene wirklich Gesellschafter ist?) oder auch ob seitens des Registers bei der Anmeldung eine Identitätsüberprüfung erfolgt und wenn ja wie. Je stärker die einzelnen Register vernetzt sind, desto mehr werden die unterschiedlichen Informationsgehalte von Eintragungen und deren unterschiedliche Verlässlichkeit (wie sie derzeit besteht) problematisch werden. Es muss in jedem Fall dafür gesorgt sein, dass die erleichterte Abfragemöglichkeit (z.B. über eine einheitliche Suchmaske) den Nutzern nicht den Eindruck vermittelt, die erhaltenen Informationen aus anderen Mitgliedsstaaten wären in ihren Rechtswirkungen harmonisiert. Der Vorteil dieser Vorgangsweise wäre auch, dass man diese rechtlichen Kurzinformationen – in alle Amtssprachen übersetzt – auch gleich mit zur Übersetzung des Registerinhaltes heranziehen kann, sodass eine Übersetzung des Registerinhaltes selbst unterbleiben könnte.

Selbstverständlich muss die technische Vernetzung der Unternehmensregister in einer Art und Weise erfolgen, dass technische Manipulationen durch Unbefugte möglichst ausgeschlossen sind.

***Können die Einzelheiten einer solchen Zusammenarbeit durch eine „Regulierungsvereinbarung“ zwischen den Vertretern der Mitgliedsstaaten und der Unternehmensregister festgelegt werden?***

Eine detaillierte vertragliche Regelung unter den Teilnehmern eines Netzwerkes von Unternehmensregistern erscheint sinnvoll und notwendig, um die Grundlagen der Zusammenarbeit und technische Standards für die Zurverfügungstellung der Informationen (Schnittstellen) zu definieren. Die mit einer Teilnahme an einem solchen System verbundenen erhöhten Marktchancen werden diejenigen Mit-

gliedsstaaten, die derzeit nicht am EBR teilnehmen, mittelfristig auch zu einer Teilnahme motivieren. Die Schaffung einer Richtlinie scheint in diesem Fall generell verzichtbar, da die Grundlagen der technischen Zusammenarbeit im Detail besser vertraglich als legislativ definierbar und damit regelbar sind. Rechtlich ergibt sich wenig Regelungsbedarf, da die Rechtsgrundlagen der Unternehmensregister ja unangetastet bleiben sollen.

***Ergibt sich durch die Verbindung des Netzwerks von Unternehmensregistern mit dem durch die Transparenzrichtlinie geschaffenen elektronischen Netzwerk zur Speicherung vorgeschriebener Informationen über notierte Unternehmen langfristig ein Mehrwert?***

Dazu ist festzuhalten, dass börsennotierte und andere Unternehmen ja bereits aufgrund verschiedener Rechtsgrundlagen gehalten sind, wesentlich mehr an Informationen in einer einfach abfragbaren Form zur Verfügung zu stellen. Die Österreichische Notariatskammer vertritt daher die Meinung, dass das Projekt der weiteren Vernetzung von Unternehmensregistern unabhängig von der Unterscheidung zwischen börsennotierten Gesellschaften und anderen vorangetrieben werden sollte. Soll es doch um Informationen für alle Marktteilnehmer, Geschäftspartner und Konsumenten gehen.

***Welche Lösung bzw. Lösungskombination wird für die Erleichterung der Kommunikation zwischen Unternehmensregistern bei grenzüberschreitenden Fusionen und Verlegungen des Firmensitzes bevorzugt?***

Zu bevorzugen scheint die Weiterentwicklung des EBR bzw. der Ergebnisse des BRITE Projektes zu sein, da das IMI System grundsätzlich eine andere Zielsetzung verfolgt. IMI vernetzt Behörden mit standardisierten Fragen und Antworten und überwindet so Sprachbarrieren. Es ist weiters zur Auffindung von kompetenten Ansprechpartnern in anderen Mitgliedsstaaten geeignet.

Demgegenüber sollte die Zielsetzung des gegenständlichen Vorhabens sein, den Zugang zu Informationen – die in den Registern ja bereits in leicht verständlicher Form vorhanden sind – für die Marktteilnehmer im Allgemeinen zu erleichtern. Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Registern könnte zwar wohl auch über IMI erzielt werden, jedoch ist dieses System eher auf die Behördenzusammenarbeit generell ausgerichtet und weniger auf die ganz spezifischen Erfordernisse der Unternehmensregister. Für letztere ist der Austausch von Fragen und Antworten nicht zielführend, sondern eher die Möglichkeit der einfachen Abfrage bestimmter Informationen sinnvoll. Dies als Randfunktion in ein bestehendes System zu integrieren, dürfte schwierig sein. Auch die Integrierbarkeit des EBR in die e-justice Plattform spricht für diese Variante.

***Wird die vorgeschlagene Lösung über die Offenlegung von Informationen über Zweigniederlassungen unterstützt?***

Ein gewisser regelmäßiger Austausch von Informationen zwischen dem Register des Satzungssitzes und dem Register der Zweigniederlassung erscheint wünschenswert, um Fehlentwicklungen vorzu-

beugen und den Zielen der Verhinderung von Geldwäsche sowie dem Gläubiger- und Konsumentenschutz genüge zu tun. Keinesfalls sollte dies aber dazu führen, dass eine Eintragung im Sitzstaat automatisch eine Eintragung im Register der Zweigniederlassung zur Folge hat. Ein solcher Automatismus erscheint aufgrund der verschiedenen nationalen Rechtsordnungen und der damit verbundenen unterschiedlichen Rechtsfolgen einer Registereintragung – wie bereits zur ersten Frage dargestellt – unmöglich.

Vorstellbar wäre allerdings, dass eine Registereintragung eines Unternehmensregisters, die auf einen anderen Mitgliedsstaat verweist (sei es eben durch Eintragung einer Zweigniederlassung) eine einfache technische Verständigung des anderen Unternehmensregisters auslöst. Als Vorbild für die Reglementierung dieser Meldung kann Artikel 13 der Richtlinie 2005/56/EG vom 26. Oktober 2005 über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten herangezogen werden.



Dr. Klaus Woschnak  
(Präsident)